

rationen erarbeiten soll. Außerdem wurde eine Arbeitsgruppe zum Projekt Industriepark Tianjin gegründet, in dem Anreize zur Ansiedlung von deutschen mittelständischen Unternehmen geschaffen werden sollen. (NfA, 27.9.93; HB 23.9.93)

Als Begleitprogramm zu den offiziellen bilateralen Wirtschaftsgesprächen fanden am 21./22.9. in Leipzig und am 23./24.9. in Köln deutsch-chinesische Wirtschaftstage statt. Veranstalter der Wirtschaftstage in Leipzig waren der Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft (BDI), das Kooperationsbüro der Deutschen Wirtschaft Berlin sowie die Leipziger Messe GmbH in Zusammenarbeit mit der IHK Leipzig und dem Ostasiatischen Verein in Hamburg. In den Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen am ersten Tag, die von einem Referat der chinesischen MOFTEC-Ministerin Wu Yi eingeleitet wurden, standen Themen wie Stand der Wirtschaftsreformen und Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen, Erfahrungen mit der Gründung und im operativen Geschäft von Joint Ventures sowie Bedeutung Chinas im asiatisch-pazifischen Raum heute und morgen im Vordergrund. Der zweiten Tag war für Projektbörsen reserviert, und zwar wurden getrennt in einer Messehalle 250 Projekte aus 13 Provinzen und Städten und in einer zweiten Halle regional beschränkt 500 Projekte aus der Provinz Liaoning vorgestellt.

Veranstalter der deutsch-chinesischen Wirtschaftstage in Köln waren der Ost-Ausschuß und das Kooperationsbüro der deutschen Wirtschaft Berlin in Zusammenarbeit mit der IHK Köln sowie der Deutsch-Chinesischen Wirtschaftsvereinigung e.V. Abgesehen von der gesonderten Vorstellung von Projekten aus der Provinz Liaoning fand in Köln ein vergleichbares Programm wie in Leipzig statt. -schü-

*(30)

Umgehung von Textilimportquoten soll stärker verfolgt werden

Vertreter des Ministeriums für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit (MOFTEC) haben zugesichert, daß gegen die Umgehung von Textilimportquoten verschärft vorgegangen werden soll. Der Verstoß gegen Einfuhrbeschränkungen der

Länder, die Importquoten für chinesische Textilien festgelegt haben, erfolgte durch Fälschung von Ursprungszeugnissen. Diese Praxis soll nach offiziellen Angaben "überwiegend in nicht zugelassenen Unternehmen außerhalb des Festlands" zu finden gewesen sein, die hierdurch China in Handelsstreitigkeiten mit einigen wichtigen Importländern verwickelt hätten.

Bereits vor einigen Wochen hatte das Ministerium Bestimmungen veröffentlicht, die nunmehr in englischer Sprache vorliegen und gegen die Praxis der Umgehung von Textilimportquoten gerichtet sind. Die Bestimmungen fordern, daß auf den Etiketten und Verpackungen für alle in China hergestellten Textilexporte kein anderes Land als China als Ursprungsland angegeben werden darf. Dies betrifft auch solche Textilien, die nach einer Weiterverarbeitung von aus dem Ausland gelieferten Materialien wieder exportiert werden.

Wenn Textilien in Länder ohne Importrestriktionen exportiert werden, sollen die Verkaufsverträge und Handelsdokumente bei solchen Textilien, die in anderen Ländern Importquoten unterliegen, eine Beschränkung enthalten. Mit einem Zusatz soll darauf verwiesen werden, daß diese Textilien nicht in solche Länder exportiert werden dürfen, mit denen bilaterale Textilhandelsabkommen bestehen. (CD, 31.8.93)

Zur Umgehung von Textilimportquoten erklärte die MOFTEC-Ministerin Wu Yi Anfang August d.J., daß bereits in den letzten drei Jahren eine Reihe von Bestimmungen erlassen und zwei nationale Konferenzen anberaumt worden waren. Allerdings hätte dies Problem nicht völlig gelöst werden können, da damit sehr komplexe Maßnahmen verbunden seien und weil ein Teil dieser illegalen Praxis außerhalb Chinas stattfindet. (XNA, 7.8.93)

Von besonderer Aktualität ist dieses Problem im Handel mit den USA, die China vorwerfen, daß 1992 chinesische Textilien im Werte von 2 Mrd.US\$ über Drittländer illegal auf den amerikanischen Markt gekommen seien. Insgesamt wären Textilexporte im Wert von rund 6 Mrd.US\$ in die USA gelangt, während das Textilabkommen von 1988 den Import auf lediglich 4,57 Mrd.US\$ beschränkt hätte. (IHT, 6.9.93)

Anfang September d.J. fanden Gespräche zwischen den USA und China statt, die jedoch zu keiner Übereinstimmung geführt haben. So forderten die USA, daß vor dem Abschluß eines neuen Textilabkommens bis Ende d.J. Standards zur Vermeidung illegaler Exporte über Drittländer festgelegt werden. Außerdem sollte das neue Abkommen eine Reduzierung der Importquote für Textilien um 25-35% vorsehen und keine jährlichen Zuwachsraten zulassen. (XNA, 5.9.93)

Die USA drohten mit Handelsrestriktionen, falls bis Ende d.J. kein Abkommen zustandekommt. Sollten die USA mit der Einfuhr über Drittländer konfrontiert werden, würde das amerikanische Handelsministerium dann mit der Reduzierung der Quote um den dreifachen Wert dieser illegalen Einfuhren reagieren. (IHT, 6.9.93) -schü-

Binnenwirtschaft

*(31)

Inflationsentwicklung zwingt zur vorläufigen Aussetzung weiterer Preisreformen

Im August betrug der Anstieg der Einzelhandelspreise in den (35 großen und mittelgroßen) Städten 22,8% im Vergleich zum Vorjahresmonat. (BR, 39/1993, S.4 berichtet von einem Anstieg des Preisindex für Lebensmittel im August um 22,2% im Vergleich zum Vorjahresmonat) Gegenüber dem Preisanstieg des Monats Juli (12-Monatsbasis) von 23,3% (Provinz Guangdong 35,8%) war jedoch ein leichter Rückgang der Preiserhöhung festzustellen. Allerdings war die August-Zuwachsrate wiederum größer als die Preissteigerung im Juni (12-Monatsbasis) von 21,6%. (IHT, 18./19.9.93)

In den ersten acht Monaten d.J. belief sich der gesamte Einzelhandelspreisanstieg in den Städten auf 18,7%. Wie hoch die Inflationsrate einschließlich des Einzelhandelspreisanstiegs in den ländlichen Gebieten bis August war, wurde nicht veröffentlicht. Lediglich für den Monat Juli (12-Monatsbasis) besteht die Angabe, daß die Zunahme der Einzelhandelspreise für Gesamtchina 14% betragen hat. (CD, 17.9.93; IHT, 18./19.9.93)

Die Hongkong China News Agency bezieht sich auf die Einschätzung des State Economic Information Centre, das für die folgenden Monate von einem weiteren Anstieg der Inflation und einer Inflationsrate für 1993 von mehr als 12% ausgeht. (SCMP, 13.9.93)

Um die Preisspirale abzustoppen, hat der Staatsrat vor einigen Wochen ein Rundschreiben veröffentlicht, in dem die relevanten Abteilungen und Lokalregierungen aufgefordert werden, den Preisanstieg unter Kontrolle zu bringen. Zu den Maßnahmen zählen: (RMRB, 5.9.93, S. 2; CD, 6.9.93)

1. Mit Ausnahme der bereits geplanten Preissteigerungen für Eisenbahnfrachtgüter und Elektrizität dürfen die Preise für Produkte und Dienstleistungen, die der (zentral)staatlichen Preisverwaltung unterstehen, in diesem Jahr nicht weiter erhöht werden.

2. Auch den Lokalregierungen ist bis Ende d.J. nicht erlaubt, die Preise für die Güter anzuheben, die in ihre Preisverwaltungshoheit fallen. Dies gilt auch für solche Güter, für die bereits eine Preiserhöhung festgelegt wurde.

3. Solche Reformmaßnahmen, die voraussichtlich einen relativ großen Einfluß auf die Preisentwicklung haben, werden bis Ende des Jahres nicht genehmigt.

4. Die bereits für die Beruhigung der Marktpreise geplanten Finanzsubventionen auf verschiedenen Regierungsebenen dürfen nicht reduziert werden. Regionen, die bereits mit der Einrichtung eines Preisregulierungsfonds für Lebensmittel (außer Getreide) begonnen haben, sollen die Funktion dieses Fonds voll nutzen; andere Regionen sollen einen derartigen Fonds umgehend einrichten. Weiterhin soll die Markt- und Preisstabilisierungsfunktion des staatlichen Handels verstärkt entfaltet werden.

5. Alle Gebiete sollen praktische und durchführbare Maßnahmen festlegen, um den Anstieg der für die Bevölkerung lebensnotwendigen Produkte unter Kontrolle zu halten. Vor allem die Lokalregierungen in den großen und mittelgroßen Städten müssen die Produktion von Gemüse und anderen Lebensmitteln (außer Getreide) durch vielfältige Maßnahmen unterstützen, u.a. durch Garantie der Anbauflächen

für Gemüse, um das Lebensmittelangebot für die städtische Bevölkerung zu sichern. Bei den Lebensmittelpreisen, die keiner Preiskontrolle mehr unterliegen, soll eine Preisobergrenze festgelegt werden.

6. Gegen die auf manchen Märkten entstandene Praxis, daß große Handelsunternehmen und Industriebetriebe Preisabsprachen treffen oder den Verkauf von Produkten verweigern, müssen Maßnahmen durchgesetzt werden, um die Entstehung von Monopolen und unfairem Wettbewerb zu verhindern.

7. Die Politik der garantierten Getreideankaufpreise soll weiter durchgeführt werden. Das Preisniveau der von den Lokalregierungen festgelegten Getreideankaufpreise darf nicht niedriger als das vom Staatsrat bestimmte Niveau liegen. Ist der Marktpreis niedriger als der staatlich garantierte Getreideankaufpreis, muß den Bauern zu diesem Preis das Getreide abgenommen werden.

8. Die Kontrolle über die Verwaltung der Gebühren für Dienstleistungen muß verstärkt werden.

9. Auch das Preismanagement im Grundstücks- und Immobiliensektor muß erhöht werden. Bodenpreise, Immobilienpreise sowie Baukosten müssen auf der Basis der staatlich festgelegten Preismaßstäbe bestimmt werden.

10. Alle Lokalregierungen müssen ein der sozialistischen Marktwirtschaft angepaßtes Preisverwaltungssystem aufbauen. Für wichtige Güterpreise, die inzwischen von den Industrieunternehmen bestimmt werden, soll ein Erfassungssystem für Preissteigerungen eingerichtet werden. Für wichtige deregulierte Güterpreise und Gebühren soll ein periodisches Preisprüfungssystem eingeführt werden.

11. Das bereits aufgebaute Kontrollberichtssystem für Preise soll fortgeführt, die Analyse und Prognosetätigkeit über die Marktpreisentwicklung verstärkt und die Funktion des Preisinformationssystems entfaltet und genutzt werden.

12. Die Regierungen aller Ebenen müssen die Führung im Bereich der Preisverwaltung stärken und die Preisabteilungen in ihrer Arbeit unterstützen. -schü-

*(32)

Diesjährige Überschwemmungsverluste größer als 1992

Die Verluste durch Überschwemmungen waren in diesem Jahr deutlich höher als im letzten Jahr. Einem Bericht des Ministeriums für Zivilverwaltung zufolge wurde per 20.8.93 eine Gesamtfläche von 12,1 Mio. Hektar Ackerlandes in 23 Provinzen und Autonomen Gebieten von Überschwemmungen betroffen. Auf einer Fläche von 1,62 Mio. Hektar wurde der Pflanzenanbau völlig zerstört; die restlichen Flächen wurden in unterschiedlichem Ausmaß von der Überschwemmungen beeinträchtigt. Im Vergleich zum Vorjahr war die betroffene Gesamtfläche und die Fläche mit zerstörten Anbaupflanzen um 125% bzw. 172% größer.

Weiterhin wurden 5,5 Mio. Menschen durch die Überschwemmungen finanziell schwer beeinträchtigt; 3,1 Mio. Personen mußten aus ihren Häusern evakuiert werden. Die Überschwemmungen zerstörten rund 2,04 Mio. Häuser und beschädigten weitere 7,5 Mio. Häuser. Diese Verluste waren ebenfalls höher als in der Vergleichsperiode des letzten Jahres.

In den von den Unwettern am schwersten betroffenen Provinzen Hunan, Jiangxi, Shandong, Jiangsu, Sichuan, Jilin, Guangdong und Innere Mongolei wurden nach dem Bericht des Ministeriums mindestens 917 Personen von den Fluten getötet. In diesen Provinzen belief sich der direkte materielle Verlust auf 40,1 Mrd. Yuan (rd. 7 Mrd. US\$); die größten Verluste mußten die Provinzen Hunan, Shandong, Jiangsu und Jiangxi hinnehmen.

Allein die Provinz Hunan sah sich in diesem Jahr vier größeren Überschwemmungen ausgesetzt, bei denen 307 Menschen getötet und 3687 Menschen verletzt wurden. Durch die Unwetter wurden vor allem Transport- und Telekommunikationseinrichtungen sowie Wasserbauanlagen, Schulen und Krankenhäuser beschädigt. Die direkten materiellen Verluste der Provinz beliefen sich auf 18 Mrd. Yuan.

In der Provinz Sichuan fielen 284 Menschen den Überschwemmungen zum Opfer und weitere 2471 Personen wurden verletzt. Der Taifun Tasha richtete am 21.8.93 in der Provinz Guangdong schwere Schäden an. So wurden hier 31 Menschen getötet und

269 verletzt. Der Taifun zerstörte rund 69.000 Häuser und beschädigte 737.000; der direkte materielle Schaden belief sich auf 3,29 Mrd. Yuan. Der Dammbruch in der nordwestlichen Provinz Qinghai forderte am 27.8.93 voraussichtlich 290 Opfer und 330 Verletzte; 100 Personen werden bis heute vermißt. (CD, 6.12.93, S.3) -schü-

*(33)

UNDP fordert SWZ Guangdong

Auf einer internationalen Konferenz über die Entwicklungsstrategie der Provinz Guangdong schlug der Vertreter der UN-Unterorganisation UNDP (United Nations Development Programme) in China, Arthur Holcombe, vor, der gesamten Provinz den Status einer Sonderwirtschaftszone (SWZ) zu geben. Diese Entscheidung der Zentralregierung würde Guangdong's Ziel unterstützen, das Entwicklungsniveau der "Vier kleinen Tiger" (Hongkong, Taiwan, Singapur und Südkorea) zu erreichen und zu überholen. Die Ausweitung der bestehenden wirtschaftlichen Sonderrechte könnte ein stabiles Wachstum in allen Teilen der Provinz sicherstellen, und es könnten dadurch einige der sozialen Probleme vermieden werden, die für andere Länder kennzeichnend wären. (SCMP, 2.9.93)

An der dreitägigen Konferenz Anfang September in Guangzhou, die von der Provinzregierung und der UNDP finanziert wurde, nahmen nach chinesischen Angaben über 100 Experten teil. Neben Vertretern der UNDP waren auch Experten aus den USA, Japan und Hongkong anwesend. In seiner Eröffnungsrede wies Provinzgouverneur Zhu Senlin darauf hin, daß Guangdong zwischen 1979-1992 eine durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von jährlich 13,3% realisieren konnte. Für die nächste Zukunft sollte sich die Provinz stärker auf den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt stützen, um kapital- und technologieintensive Industrien aufzubauen. Zur Anhebung des gesamten wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus sei auch der Ausbau der Energieindustrie, des Verkehrs- und Telekommunikationssektors sowie der Rohstoffindustrie erforderlich. (XNA, 31.8.93)

Arthur Holcombe schlug in seiner Abschlußrede die Einrichtung einer Wirtschaftsentwicklungsorganisation für

Guangdong vor, die ähnliche Aufgaben wie das Economic Development Board of Singapore für die Planung sowie Koordination und Implementation der industriellen Entwicklungsstrategie Guangdong's in den kommenden 20 Jahren übernehmen sollte. Diese Organisation sollte auch bei der Formulierung einer Gesamtstrategie für Auslandsinvestitionen mitwirken und eine schnelle Überprüfung und Bearbeitung von Investitionsprojekten gewährleisten. -schü-

Taiwan

*(34)

Diplomatische Beziehungen mit Liberia bleiben weiter dubios

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Taiwan und dem westafrikanischen Staat Liberia sind dem Außenministerium in Taipei zufolge nicht abgebrochen. Wie berichtet (C.a., August 1993, Ü 37), hatte die amtliche chinesische Presseagentur Xinhua (XNA) am 10. August gemeldet, daß die provisorische Regierung von Liberia diplomatische Beziehungen zur VR China wieder aufgenommen und zugleich die diplomatischen Beziehungen des Landes mit Taiwan abgebrochen habe. Taiwan erklärte dagegen, daß es von Liberia keine diesbezügliche Mitteilung erhalten habe.

Am 11. September verneinte die "National Patriotic Reconstruction Assembly Government of Liberia", die größte bewaffnete Kraft des Landes, unter deren Kontrolle 80-85% des Territoriums und die Bevölkerung stehen, die Gültigkeit der Vereinbarung der provisorischen Regierung mit Beijing. Ihr zufolge hat die provisorische Regierung der National Union gegen den von drei in den Bürgerkrieg verwickelten Parteien unterzeichneten Friedensvertrag vom 25. Juli d.J. verstoßen, nach dem nur eine von allen Parteien akzeptierte Übergangsregierung wichtige politische Entscheidungen treffen kann.

Der Abteilungsleiter für afrikanische Angelegenheiten des Außenministeriums in Taipei meinte am 12. September in einem Fernsehinterview, die diplomatischen Beziehungen mit Liberia

gälten zumindest in den kommenden zwei Monaten als sicher. Liberia bereitet jetzt allgemeine Wahlen vor, die Bildung einer neuen Regierung für das ganze Land werde erst in sechs Monaten erwartet. (CP, 13.9.93; ZYRB, 14.9.93)

Liberia hatte erstmals 1957 diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen. Im Februar 1977 wurden sie abgebrochen, nachdem es diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatte. Im Oktober 1989 brach Beijing die politische Verbindung mit Liberia ab, als dieses wieder diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufnahm. Theoretisch unterhält Liberia z.Z. diplomatische Beziehungen sowohl mit Taiwan als auch mit Beijing. -ni-

*(35)

Neue US-Waffenlieferungen an Taiwan

Trotz scharfer Proteste aus Beijing hat Washington nach dem Verkauf von 150 Kampfflugzeugen des Typs F-16 im Wert von rd. 6 Mrd. US\$ im letzten Jahr an Taiwan eine weitere Lieferung von vier Flugzeugen des Typs E-2T mit Frühwarnsystem im Wert von 700 Mio. US\$ genehmigt. (LHB u. CP, 18.9.93) Außerdem hat Taiwan mit 236 Mio. US\$ drei Anti-U-Boot-Fregatten der Knox-Klasse von den USA für fünf Jahre gemietet. Offizieren der taiwanesischen Marine zufolge werden noch weitere sechs Kriegsschiffe desselben Typs gemietet - drei im nächsten und drei im übernächsten Jahr. Taiwan beabsichtigt, so heißt es, die Schiffe nach Ablauf der Leasing-Verträge zu kaufen. Zur Ausrüstung der Fregatten hat die US-Regierung auch die Lieferung von 12 Anti-U-Boot-Hubschraubern und 41 Harpoon-Raketen gebilligt. (IHT, 6.9.93; FCJ, 8.10.93) Im Gespräch ist ebenfalls ein Plan zwischen dem US-Unternehmen Raytheon Co. und Taiwan zur gemeinsamen Produktion von Patriot-Raketen mit Investitionen in Höhe von 1,3 Mrd. US\$. (AWSJ, 9.9.93)

Beijing wirft der US-Regierung vor, mit den "massiven Lieferungen von fortgeschrittenen Waffen und militärischen Technologien" an Taiwan gegen das 1982 von beiden Seiten unterzeichnete sino-amerikanische "Kommuniqué vom 17. August" verstoßen zu haben. (XNA, 5.9.93) In dem Dokument hatte Washington gegenüber Beijing erklärt,